

David Erlay

Kaiser

& Kaisen

Bremer Geschichte(n)



Bremensie

Kellner Verlag
BREMEN BOSTON

David Erlay

Kaiser & Kaisen

Bremer Geschichte(n)



2. Auflage
Mit historischen Motiven

Dieses Buch ist bei der Deutschen Nationalbibliothek registriert. Die bibliografischen Daten können online angesehen werden: <http://dnb.d-nb.de>

Das historische Material zu den Beiträgen besorgten
(in freundlichster Weise) Imke Brünjes und
Lars Fischer vom Staatsarchiv Bremen.
Autor und Verlag bedanken sich herzlich.

Titelbild: Die Weserburg, auf der Rückseite vorne die Kaiser-Brücke (derzeit Bgm-Smidt-Brücke), dahinter links die Ansgarii-Kirche, rechts dahinter das Turmgebäude des Norddeutschen Lloyds (abgerissen 1953 und ersetzt durch Horten bzw. Kaufhof).

IMPRESSUM

© **2. Auflage 2018, KellnerVerlag, Bremen • Boston**
St.-Pauli-Deich 3 • 28199 Bremen
Tel. 04 21 - 77 8 66 • Fax 04 21 - 70 40 58
sachbuch@kellnerverlag.de • www.kellnerverlag.de



Lektorat: Gesa Allerheiligen, Isabelle Drewes
Satz: Isabelle Drewes, Annalena Albers
Umschlag: Christian Becker
Umschlagfoto: Sammlung Johann-Günther König

ISBN 978-3-95651-190-5



Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Der Kutscher Leid, ihn machte es bereit | 4 |
| Kaisers frühe Erfahrung hilft ihm 1951, den wilden Hafenstreik zu zähmen | |
| Den Letzten blieb nur die Dunkelheit | 29 |
| 4. Februar 1919: Schwarzer Tag für rote Hoffnungen Mit der Räterepublik war kein Staat zu machen | |
| Ab ins Verderben | 62 |
| Der Lebens- und Leidensweg der »Margarethe Machan« – Ein Buch und seine Geschichte | |
| »Die Giftmadam, sie war doch auch nur ein Mensch« | 92 |
| ... schreibt die Ehefrau des Gesche-Anwalts Friedrich Leopold Voget – Obwohl fiktiv, ein Brief mit viel Realem | |
| Er nimmt sein Schicksal in die Hand | 108 |
| ... und das ist ein Stück Eisen, geschleudert dann gegen den Kaiser – Der böse Wurf des Diedrich Weiland | |
| Rückkehr, aber keine Heimkehr mehr | 126 |
| Die Reise nach Lodz: Wende für Heinrich Vogeler – aber auch seine Frau denkt nach | |
| Zum Autor | 137 |
| Bildnachweis | 137 |



DER KUTSCHER LEID, IHN MACHTE ES BEREIT

Kaisens frühe Erfahrung hilft ihm 1951,
den wilden Hafenstreik zu zähmen

»Die Wendung zum Terror war vollzogen. Drei aus Frankfurt am Main importierte Terroristen ließen alle Register spielen. Der wilde Streik, der am Montag eingesetzt hatte, kam am Dienstag voll zum Durchbruch. Die Parole: ›Schichtlohn 14,07 D-Mark oder Streik‹ hatte ihre Wirkung erreicht. Die Arbeitswilligen wurden mit Gewalt daran gehindert, sich bei der Vermittlung zu melden. Eine Versammlung von Handwerkern, die das Betriebsratsmitglied Franz Gerber einberufen hatte, musste abgeblasen werden, weil das Versammlungslokal bereits von denselben Leuten besetzt war, die am Montagnachmittag den Streikbeschluss erzwungen hatten. Der Versuch der Streikleitung, am gleichen Tage eine Versammlung vor Schuppen 13 durchzuführen, scheiterte an einem polizeilichen Verbot. Man versammelte sich daraufhin an anderer Stelle. Dort erfolgte die Absetzung der führenden Gewerkschaftsfunktionäre. Das Wort nahmen Gautier, Schramm und Wichmann, drei KP-Funktionäre, die keine Hafenarbeiter sind. In einer zweiten Versammlung vor der Vermittlungsstelle wurde beschlossen, zum Rathaus zu ziehen. Inszenator 3 war der Kommunist Gautier. Am Dienstag kam auch im Senat der Streik zur Sprache, und es wurde ein Aufruf beschlossen, der keinen Zweifel ließ, dass wilde Streiks verfassungswidrig sind. Der Empfang des Demonstrationzuges am Eingang zur Innenstadt und am Rathaus hatte die dementsprechende Note. Am Mittwoch ruhte die Arbeit im Überseehafen weithin.



Die Arbeiter der festen Betriebe nahmen allerdings nach wie vor nicht an dem Streik teil. Eine persönliche Vermittlungsaktion, die Bürgermeister Kaisen am Mittwochnachmittag unternahm, verlief sehr dramatisch.«

Als diese Zeilen am 27. Oktober 1951 in der *Bremer Volkszeitung* erschienen, dem Parteiorgan der Sozialdemokraten, war die Gefahr bereits gebannt. Bremen hat, das Blatt sagt es, »eine dramatische Oktoberwoche« hinter sich: »Die traditionell aufgelockerte Freimarktzeit wurde dunkel überschattet von einem ernsten Ereignis. Im Überseehafen, dem empfindlichen Nerv der Welthandelsstadt, ruhte die Arbeit.«

Dabei lief doch alles bestens. Adenauer persönlich hatte Kaisen am 6. April telefonisch mitgeteilt, dass auf der AG Weser wieder Schiffe vom Stapel laufen dürfen – die Alliierten hatten im Potsdamer Abkommen den für den Hafen lebenswichtigen Bau untersagt. Große Pötte aber bringen großes Geld und Gutes für die, die sie herstellten. Der Bürgermeister hatte gute Vorarbeit geleistet, war im Vorjahr sechs Wochen in den USA gewesen, um für eine Lockerung der alliierten Einschränkung einzutreten. Die Voraussetzungen waren günstig: Bremen bildete eine amerikanische Enklave, und die Amerikaner waren es gewesen, die 1945 bei Kaisen in Borgfeld vorfuhren, um ihn von der Scholle wegzuholen und ihn neu im Senat zu installieren. Dort arbeitete er ab dem 1. August auf andere Art, gewann im Nu nicht nur in Bremen, sondern bundesweit hohe und höchste Anerkennung (manche Kreise hätten ihn gern als Außenminister gesehen). Klar, dass nicht alles Wiedererstandene das Herz der Schauerleute wärmte: Dass die durch Bomben schwer beschädigte Bachorgel im Dom 1951 in alter Herrlichkeit brausen konnte, empfanden sie nicht unbedingt als persönliche Wohltat. Eher schon, dass es endlich wieder eine Bahnsteighalle gab. Wichtig war aber erst recht eine Wiederöffnung, die ebenfalls



Einige **Bremer Häfen** um 1950, links der Überseehafen.
Nach dem Krieg gab es nur einen Wunsch in der Hansestadt:
Die Häfen sollten wieder brummen.



mit Gleisen zu tun hatte: die des Weserbahnhofs, unerlässliches Bindeglied zwischen Hafen und Bahn. Was der eigenen Hände Arbeit betraf: Die Zeit der Gabelstapler kündigte sich an, die Schufferei würde kein Ende, doch große Erleichterung erfahren – nach dem Motto: Das Fieber geht runter. Bremen war – nach dem immer etwas grimmig beäugten Hamburg – eine durch und durch vom Hafen geprägte Stadt: Fast 40 Prozent der Bevölkerung lebte direkt oder indirekt von ihm. Ganz selbstverständlich also, dass alles, was an den Piers und Schuppen geschah, unmittelbar in der Blutbahn der Bremer landete.

Und nun, wie die *Volkszeitung* am 27. Oktober rekapitulierte, war Gewitter. Denn: »Die Erregung über den unbefriedigenden Ausgang der Lohnverhandlungen hatte große Kreise der bremischen Hafendarbeiterschaft veranlasst, der Parole eines wilden Streiks zu folgen. Es hat sich als Fazit dieser bewegten Tage ergeben, dass ohne Zustimmung der Gewerkschaften kein erfolgreicher Streik möglich ist. Das harte Ringen zwischen der Sektionsleitung der Gewerkschaft ÖTV [...] und den gegnerischen Kräften, die bewusst oder nicht bewusst im kommunistischen Fahrwasser schwammen, endete – dank der entscheidenden Unterstützung durch Senatspräsident Kaisen – verhältnismäßig schnell mit einem Erfolg der besonnenen Elemente unserer Hafendarbeiterschaft.«

»Das Vorspiel«, berichtete die *Volkszeitung* beim Blick zurück, »begannt bereits am 1. Oktober, dem ersten Verhandlungstag in Hamburg. Die Gewerkschaften hatten ein denkbar steinigtes Feld zu bearbeiten. Die Arbeitgeber boten ganze zwei Pfennige als Lohnzuschlag. Der erste Sitzungstag endete mit einer Verbesserung des Angebots auf vier Pfennig. Nach achtstündiger Verhandlung beim zweiten Treffen der Lohnkommission bestand das Entgegenkommen der Arbeitgeberseite in der Zusage, acht Pfennig mehr zu zahlen.



Man beugt sich 1950 nicht gerade freundlich: Staatsmacht und streikende Hafendarbeiter.

Rechts: Cuxhavener Str. 7, einst Stauerei Heinrichs.





Die Große Lohnkommission der Gewerkschaft ÖTV lehnte dieses Angebot ab. Daraufhin trat die Kleine Lohnkommission am 15. Oktober nochmals in Verhandlungen ein, die zehn Stunden dauerten. Aber man kam nicht weiter. Noch am gleichen Tage wurde von Dr. Stenzel der [...] Schiedsspruch gefällt: Erhöhung des Schichtlohns der Hafendarbeiter von 12,24 D-Mark auf 12,96 D-Mark, das heißt eine Verbesserung des Stundenlohns um neun Pfennig.«

Lange schon geisterte das Wort vom Arbeitskampf zwischen den Schuppen und Kränen an Weser und Elbe. »Der Bremer Senatspräsident Kaisen und der Hamburger Bürgermeister Brauer«, meldete der *Weser-Kurier* am 12. Oktober, »bemühen sich um eine Vermittlung mit dem Ziel der Verhinderung eines allgemeinen Streiks in den deutschen Seehäfen.« Die Initiative zu diesem Schritt war von Bremen ausgegangen. Kaisen, der wie kein anderer wusste, was ein für das sich eben wieder aufrappelnde Bremen bedeuten würde, hat im Einvernehmen mit dem Gesamtsenat zu dieser gemeinsamen Aktion der ansonsten eher auf Distanz und Konkurrenz bedachten hanseatischen Schwesterstädte angeregt.

Die gesuchte Nähe zur Elbe war für den (Neu-)Bremer Kaisen eine, die sich anbot, kam er doch in Hamburg zur Welt, am 22. Mai 1887 in Eppendorf, als Sohn eines gelernten Maurers. Seine Lebensstation aber sollte Bremen sein, zunächst als Journalist bei der SPD-Zeitung. Da hatte er aber schon, 22-jährig, in seiner Heimatstadt eine prägende Erfahrung gemacht, die eines ebenso individuellen wie bitter notwendigen Streiks: 14 Firmen-Kutscher begeherten in Wilhelmsburg gegen die erbärmliche Bezahlung ihrer täglichen vielstündigen Fuhrwerk-Malocher auf. Der Bericht, den das *Hamburger Echo* dazu am 27. Oktober 1909 veröffentlichte, lag bis zum Abschied vom Rathaus in Kaisens Schublade. In noch jüngeren Jahren, 1886 und 1887, hatte er seinen Vater



vom Streik der Hamburger Hafenarbeiter reden hören, ebenfalls wegen besserer Lohnbedingungen natürlich, und obwohl die 17.000 Aufmüpfigen elf Wochen lang durchhielten, endete er am 6. Februar 1887 mit ihrer absoluten Niederlage. Das alles hatte Kaisen vor Augen, als die Zeichen in Bremen im Oktober 1951 auf Sturm standen.

Er setzte dabei, wie er dem *Weser-Kurier* sagte, auf den »bereits bei früheren Lohnstreitigkeiten bekanntgewordenen Schlichter Dr. Stenzel«, einem Mann aus Hamburg. Beide Seiten, so hoffte der Bürgermeister fest, würden den Schiedspruch annehmen.

Wenn er sich da mal nicht täuschte.

Eingeläutet worden war das heikle Geschehen am 15. Oktober mit einer »illegalen Vorprobe« (*Bremer Volkszeitung*) im Überseehafen: »Angeblich um den Rücken der Kleinen Lohnkommission zu stärken«, wurde »im Hafen Stimmung für einen Sitzstreik gemacht. Auf drei Schiffen kam dieser [...] wilde Streik für die Dauer von dreißig Minuten zur Durchführung. Die Folge war die Entlassung der beiden Hafentarbeiter Runkel und Mailand als Rädelsführer.«

»Rädelsführer«: Damit ist klar, dass die Genossen die Lage für angeheizt hielten.

Da bließ die kommunistische *Tribüne der Demokratie* natürlich ganz anders ins Horn: »Auf sämtlichen Dampfern« im Überseehafen, verkündete sie am 16. Oktober, sei ein Warnstreik erfolgt. Er beweise den »festen Willen« der Hafentarbeiter, »die Forderung von 14,07 D-Mark je Schicht mit dem Streik durchzusetzen.« Für die KPD-Gazette war der Schiedspruch Dr. Stenzels ein »Schandspruch«, auf den die Hafentarbeiter der Wasserkante bei der Urabstimmung mit »einem überwältigenden Beschluss [...] für den Streik« antworten würden. Aber auch wenn die Partei die Arbeiter als »zum Kampf entschlossen« hinstellte, drückte sie den Wert von



Abstimmungen etwas nach unten – so, als mindere selbst ein für sie negatives Ergebnis nicht die Bedeutung des Anliegens. Und war für die Genossen das eigentlich Entscheidende jene »Kraft«, die jetzt an der Küste in der »Aktionseinheit aller Arbeiter« zum Ausdruck komme. »Alle Arbeiter«, und das waren für sie in diesem Fall mal tatsächlich alle: »Sozialdemokraten, Kommunisten oder Parteilose«. Na dann.

Wie richtig die KPD mit ihrem Misstrauen in Sachen Abstimmung lag, ist bald in der Zeitung nachzulesen: »Kein Hafestreik«, teilte der *Weser-Kurier* am Montag, 22. Oktober, den aufatmenden Bremern mit: »Die Urabstimmung ... in den Nord- und Ostseehäfen erbrachte nicht die notwendige 75-Prozent-Mehrheit für die Ablehnung des am 15. Oktober gefällten Schiedsspruchs. Der Schiedsspruch gilt somit als angenommen.« Allerdings, allerdings: In den Häfen von Bremen, Bremerhaven, Nordenham, Brake und Emden votierten rund 83 Prozent gegen den Schiedsspruch, lediglich 11,5 Prozent für die Annahme, dazu das Säckchen der ungültigen Stimmen. Die Beteiligung an der Urabstimmung freilich war nicht eben überwältigend: 65,8 Prozent.

Dass die meisten der in und um Bremen zur Wahl gegangenen Hafearbeiter den Vergleichsvorschlag – ganz im Sinne der KPD – zum Teufel gewünscht haben, änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass, aufs Ganze gesehen, die Stimmen nun mal nicht ausreichten, um den Schiedsspruch zu Fall zu bringen. Man würde also mit ihm leben müssen. Aber es rumorte – und das so stark, dass noch am 22. Oktober zu einer Delegiertenversammlung in ein Umformerwerk der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG) gerufen wurde. »Man war«, meldet die *Bremer Volkszeitung*, »tolerant genug, Abgesandte von den Schiffen zuzulassen. Man war weiter so tolerant, einem »Kampfkomitee«, das sich am Montagvormittag gebildet hatte, Zutritt zu gewähren. Zwei Hamburger, übrigens



typische Neulinge in der Gewerkschaftsbewegung, hielten Brandreden. Der Kommunist Willi Müller, ein Angestellter der BLG, brachte als erster den Antrag ein, den Eintritt in den Streik zu beschließen. Ihm wurde von den Gewerkschaftsvertretern geantwortet, dass die Versammlung gar nicht das Mandat habe, über einen Streik abzustimmen. Ein Streik kann nur nach Urabstimmung beschlossen werden, alles andere ist wilder Streik.«

»Wie auf ein Stichwort«, fährt das Blatt fort, »drangen nunmehr sogenannte Hafenarbeiter, unkontrollierbare Elemente, in den Versammlungsraum ein. (Diese ›Spontaneität‹ war offensichtlich mit Bedacht organisiert!) Der ›Hafenarbeiter‹ Müller als führender KP-Funktionär riss die Leitung der Versammlung an sich. Er proklamierte die Forderung nach einer Lohnerhöhung um nicht weniger als 75 Prozent. Sein Antrag auf Streikbeschluss fand nunmehr die Mehrheit der von den Eingedrungenen beherrschten Versammlung. Die Regie hatte geklappt. Einer der zur Besonnenheit mahnenden Funktionäre, Erich Ströh, wurde tätlich angegriffen.« Die eingangs erwähnte »Wendung zum Terror« war damit, resümierte das Organ der Sozialdemokraten, vollzogen.

Werk einer von Stalin nach Bremen befohlenen Fünften Kolonne? In seinem Resümee in der *Zeit* hat der renommierte Journalist Claus Jacobi keinen Zweifel daran, dass der lange Arm des Kreml-Gewaltigen bis an die Weser gereicht hat.

Die Dämme brachen auch in Hamburg, wo ebenfalls ein Teil der sogenannten ›unständig beschäftigten‹ Hafenarbeiter in den Streik trat. »Die Gewerkschaft«, berichtete sogar die US-amerikanische Presseagentur *United Press International (UPI)*, »hat daraufhin die Hafenarbeiter vor kommunistischen Unruhestiftern gewarnt und darauf verwiesen, dass die KPD-Leitung Spitzenfunktionäre nach Hamburg geschickt habe, die die Arbeiter aufwiegeln sollten.«



Und Dienstag, 23. Oktober, hieß es in den *Bremer Nachrichten*: »Der von kommunistischer Seite angezettelte Streik im Bremer Überseehafen greift weiter um sich. Alle etwa 1.500 unständigen Hafentarbeiter verweigerten sich [...], ihre Arbeit wieder aufzunehmen.« Denn obwohl, so wiederum der *Weser-Kurier*, »die Zusicherung der f bestand, Arbeitswilligen Schutz zu gewähren, nahm kein Hafentarbeiter die Arbeit auf, als im Hafentarbetriebsverein im Überseehafen unter Polizeiaufsicht mit den Aufrufen zur Nachmittagsschicht begonnen wurde. Bis auf neun Mann lehnten auch in der Außenstelle Gröpelingen des Hafentarbetriebsvereins, der noch die Fröhschicht voll vermittelt hatte, alle Arbeiter die Arbeit ab. Damit wurden auch die Industriefäfen stillgelegt. Dort, wie im Überseehafen, arbeiteten nur mehr die festen Arbeitskräfte der ansässigen Betriebe.« Dabei wollte laut *Bremer Nachrichten* »der größte Teil der unständigen Hafentarbeiter [...] die Arbeit wieder aufnehmen, fürchtet jedoch Repressalien kommunistischer Streikterroristen.«

Roter Oktober.

»Während die Angestellten des Hafentarbetriebsvereins beschäftigungslos auf den Feierabend« warteten, wie im *Weser-Kurier* nachzulesen ist, bewegte sich »ein Demonstrationzug von über tausend Personen vom Überseehafen zum Rathaus.« Auf dem Wege dorthin und später am Rathaus selbst kam es »zum massiven Einsatz von Polizei«. Als eine Delegation der Arbeiter den Senatspräsidenten sprechen wollte, trieb man die Demonstranten mit Gummiknüppeln auseinander, »nachdem man vorher vergeblich versucht hatte, den Anmarsch zum Rathaus zu verhindern«. »Tumulte«, so die *Bremer Nachrichten* präziser, »wie sie Bremen seit dem Kriege nicht mehr erlebt hat.« Und: »Nachdem die aus sieben Mann bestehende Delegation schon am Rathauseingang zurückgewiesen worden war, erstieg eines der Delegationsmitglieder das Podest